



Wilfried Marxer stellte gestern die Ergebnisse der Umfrage vor, die das Liechtenstein-Institut nach der Abstimmung durchführen liess. (Foto: Nils Vollmar)

Verfassungsabstimmung: Umfrage liefert nur wenig Überraschendes

Analyse Grundlegende Einstellungen und Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit mit der Demokratie haben massgeblich zum Abstimmungsergebnis beigetragen. Zu diesem Schluss kommt das Liechtenstein-Institut aufgrund einer Umfrage.

VON HOLGER FRANKE

«**M**an hat aufgrund der Abstimmungsdiskussion schon ahnen können, dass da Welten aufeinanderprallen. Die Wogen haben sich auch noch nicht ganz beruhigt, aber wir sind auf einem guten Weg», sagte Wilfried Marxer, Direktor des Liechtenstein-Instituts, gestern vor den Medien. 501 Stimmbürger wurden unmittelbar nach dem Abstimmungswochenende telefonisch zu ihrem Stimmverhalten befragt. Die Hauptergebnisse werden wohl kaum grössere Überraschung auslösen: Massgeblich für den Stimmenscheid waren dem-

«VB online»

WebTV-Beitrag



Auf www.volksblatt.li finden Sie einen WebTV-Beitrag, in dem der Politologe Wilfried Marxer zu einzelnen Punkten der Umfrage Stellung nimmt..

www.volksblatt.li

nach grundlegende Einstellungen der Stimmberechtigten. Eher progressiv-modernistisch Eingestellte stimmten tendenziell mit Ja, während konservativ-traditionalistisch Eingestellte die Initiative fast vollständig ablehnten. Ein zweiter wichtiger Faktor war die Zufriedenheit beziehungsweise Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Liechtenstein: Rund 83 Prozent der Unzufriedenen stimmten mit Ja, rund 86 Prozent der Zufriedenen mit Nein. «Das ist ein deutlicher Schnitt, der sich unter den Stimmberechtigten wie ein Graben durch Liechtenstein zieht», kommentierte Wilfried Marxer.

Parteibindung deutlich sichtbar

Eindeutig ist das Ergebnis auch im Hinblick auf die Parteibindung: Die Zustimmung und Ablehnung der Initiative nach selbst deklariertem Parteibindung widerspiegelt weitgehend die Abstimmungsempfehlungen der Parteien. Parteigänger der FBP haben die Initiative zu mehr als 90 Prozent verworfen, Parteigänger der Freien Liste haben der Initiative fast vollzählig zugestimmt (94 Prozent). Die Parteigänger der VU haben mehrheitlich abgelehnt (56 Prozent), aber rund 44 Prozent haben der Initiative zugestimmt. Darüber hinaus zeigt sich, dass Linke eher zur Zustimmung tendierten, Rechte eher zu Ablehnung. Ausserdem stieg die Ablehnung mit wachsender Religiosität. Soziodemografische Merkmale wie Geschlecht und Alter sowie der Grad des politischen Interesses zeigen hingegen keinerlei signifi-

kanten Unterschied im Abstimmungsverhalten.

Meinungen gingen weit auseinander

Die Gründe für den Ja- oder Nein-Entscheid beziehen sich weitgehend auf die in der Abstimmungsdebatte gefallenen Argumente. Bei den Jastimmenden also, dass das Volk das letzte Wort haben soll und die Demokratie ausgebaut werden soll. Bei den Neinstimmenden waren das Vertrauen in das Fürstenhaus und eine aktive Bekundung dieses Vertrauens mit einem Nein-Votum sowie das Argument, dass sich die Staatsform bewährt habe, dominant. Auffällig ist, dass die Ansichten der Ja- und der Neinstimmenden in vielen Sachfragen weit auseinandergehen. «Die Umfrage bestätigt die starke Polarisierung, die auch die Abstimmungskommunikation geprägt hat», so Marxer.

Interessant sind die Umfrageergebnisse im Hinblick auf das Vertrauen in die politischen Institutionen. Wer angesichts des deutlichen Abstimmungsergebnisses ein geringes Vertrauen erwartet hatte, liegt falsch. Ganz im Gegenteil: Das Vertrauen in Regierung, Landtag, Parteien, Fürstenhaus und in die Gerichte ist im internationalen Vergleich sehr gross. Auffallend: Zwar ist das Vertrauen der Befürworter der Initiative in die Institutionen ein wenig geringer - insgesamt, liegen Befürworter und Gegner der Initiative gar nicht so weit auseinander. Einzige Ausnahme ist hierbei jedoch das Fürstenhaus, das bei den Befürwortern der Initiative offenbar viel Kredit verspielt

hat. Bei den Gegnern der Initiative geniesst das Fürstenhaus jedoch mit Abstand das grösste Vertrauen. Dennoch: Das hohe Vertrauen in die Institutionen könnte möglicherweise ein für die Zukunft verbindendes Element darstellen: «Ein hohes Vertrauen in die Institutionen ist eine gute Grundlage um weiterhin Politik auszuüben», erläutert Wilfried Marxer im Videobeitrag von VB online.

Kampagnen als unfair empfunden

Deutlich sind auch die Meinungen zum Stil der Kampagnen. Rund 60 Prozent der Neinstimmenden kritisierten in der Umfrage die Kampagne der Initianten als unfair. Das Urteil der Jastimmenden ist milder, aber trotzdem finden nur rund 10 Prozent, dass die Ja-Kampagne fair war (gegenüber rund 14 Prozent der Neinstimmenden). 80 Prozent der Jastimmenden beurteilen die Fairness der Kampagne mit «teils-teils». Bei der Kampagne der Gegner der Initiative fällt das Urteil spiegelbildlich aus. Rund 66 Prozent der Jastimmenden fanden die Nein-Kampagne unfair. Wiederum nur wenige (je rund 14 bis 16 Prozent aus beiden Lagern) fanden die Nein-Kampagne fair. Die Neinstimmenden bewerteten die Fairness der Nein-Kampagne grossteils (66 Prozent) mit «teils-teils». Deutlich wurde auch, dass sich sowohl die Jastimmenden wie auch die Neinstimmenden sich zum grössten Teil bereits lange vor der Abstimmung entschieden haben, wie sie abstimmen. Dies bekundeten 78 Prozent der Jastimmenden und 84 Prozent der Neinstimmenden.